



Internationaler Marktzugang

Die Schweiz ***und China***

7. Mai 2021

Auf einen Blick

Der Bundesrat hat Mitte März 2021 seine China-Strategie veröffentlicht, worin er einen ausgewogenen, kohärenten und koordinierten Ansatz gegenüber China vorschlägt. economiesuisse unterstützt diese Stossrichtung. Der Ansatz basiert auf der Tradition der Schweiz als verlässliche Partnerin und Vermittlerin. Sie soll ihre Vorstellungen und Forderungen gegenüber China im bilateralen Dialog und in den internationalen Gefässen wie der UNO einbringen.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Florence Mauli

Projektleiterin allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung

Das Wichtigste in Kürze

Dank der rasanten Wirtschaftsentwicklung in den letzten drei Jahrzehnten wurden viele Millionen Menschen in China aus der Armut befreit. Auch die Weltwirtschaft profitierte vom Aufstieg Chinas. Doch die langfristig ausgerichtete, konsequente und wenig kompromissbereite Interessenpolitik der chinesischen Regierung irritiert den Westen, und es werden vermehrtpressive Massnahmen eingesetzt. So führte die Administration Trump einen Handelskrieg mit China. Auch in der Schweiz werden gelegentlich repressive Massnahmen gegenüber China gefordert. Solche Massnahmen wären jedoch kontraproduktiv. Die langjährige gute Beziehung der Schweiz mit China bietet die Chance, im Dialog deutlich mehr zu erreichen. Die Schweiz als verlässlicher Partner soll ihre Ansichten und Werte konstruktiv und hartnäckig in den Dialog einbringen. Die Schweiz bietet mit dem Sitz vieler internationaler Organisationen in Genf zudem eine wichtige Dialogplattform, die gestärkt werden muss. Die guten wirtschaftlichen Beziehungen sollen ausgebaut und der Marktzutritt von Schweizer Unternehmen in China verbessert werden.

Position **economiesuisse**

- Die Beziehung der Schweiz zu China muss langfristig ausgerichtet sein.**
- economiesuisse unterstützt die bundesrätliche China-Strategie.**
- Die neutrale Schweiz ist nur dann glaubwürdig, wenn sie China grundsätzlich gleich wie andere Staaten behandelt.**
- Im Dialog mit China kann die Schweiz wichtige Anliegen – humanitärer und wirtschaftlicher Art – einbringen. Im Gegensatz zu einseitigen Sanktionen oder Boykotten hat der Dialog eine Wirkung und entspricht der schweizerischen Kultur der Vermittlung und Annäherung. Es wäre kontraproduktiv, den über Jahre aufgebauten Dialog abzubrechen.**
- Die Schweiz soll darüber hinaus die Dialogplattformen der internationalen Organisationen wie der UNO oder der WTO nutzen, um ihre Interessen einzubringen und dabei ein koordiniertes Vorgehen der Länder unterstützen.**

- Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China soll erweitert werden. Der Marktzugang für Schweizer Unternehmen muss weiter verbessert werden, auch in Bezug auf Investitionen.**
- economiesuisse lehnt die Einführung von Investitionskontrollen jeglicher Art als grundsätzlich problematisch ab. Die kritische Infrastruktur, wo ein berechtigtes Schutzinteresse besteht, ist weitestgehend im Besitz der öffentlichen Hand. Es ist auch kein Raubzug auf privatwirtschaftliches Know-how festzustellen.**



Entstehung **einer neuen Weltordnung**

China als aufstrebendes Land, das mehr und mehr Einfluss auf der Weltbühne gewinnt, steht häufig im Fokus der politischen Diskussion. Tatsächlich hat sich im «Reich der Mitte» seit den 1980er Jahren einiges getan. Dank Wirtschaftswachstum sank der Anteil von Menschen in extremer Armut von 66 Prozent im Jahr 1990 auf nur 0,5 Prozent im Jahr 2016. Eine Mittelschicht ist entstanden, und auch der Umweltschutz erhält mehr Gewicht. Leider hat sich in den letzten Jahren die Situation bezüglich der Grundrechte generell verschlechtert. Das gilt insbesondere für Hongkong und für die Uigurische Bevölkerung. Daneben ist auch die fehlende Anerkennung des internationalen Schiedsspruchs zu den Grenzen im südchinesischen Meer besorgniserregend. Zudem verlangt China Akzeptanz für seine Werte, ohne selbst Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu üben. Doch nicht nur China selbst, sondern auch der Rest der Welt konnte von dessen Öffnung und Modernisierung profitieren. Das Wirtschaftswachstum Chinas dank technologischem Fortschritt und wirtschaftlich offenen Handelssystemen hat sich grösstenteils positiv auf die Weltbevölkerung ausgewirkt. Der Anteil in absoluter Armut lebender Personen in der Welt sank zwischen 1981 und 2017 um über 75 Prozent. Die Integration Chinas und weiterer Schwellenländer in den internationalen Handel hat den durchschnittlichen Lebensstandard weltweit angehoben.

Wandel durch Handel

Trotz dieser Erfolge und Aussichten steht die Maxime «Wandel durch Handel» immer mehr am Pranger. Dabei steht China im Zentrum der Debatte. Nach grossen Reformen seit der Zeit des WTO-Beitritts folgte ab 2010 eine Gegenreaktion: Während der Handel und der Wohlstand weiterhin rasant zunahmen, verstärkte der Staat den Druck auf Andersdenkende zusehends und dehnte die Kontrolle mit Instrumenten wie dem Social Credit System auf Private und Firmen aus. So klärte sich auch der Unterschied zwischen Staat und Wirtschaft in China nicht, sondern bleibt verschwommen. Der Westen fühlt sich vom chinesischen Modell des Staatskapitalismus herausgefordert. Ein neuer Systemwettbewerb stellt sich ein. Statt über die Weiterentwicklung der WTO Druck auf China auszuüben, verbreitete sich im Westen ein «China-Bashing». Schliesslich entflammte ein Handelskrieg mit den USA. Doch diese Entwicklungen haben vor allem die Fronten verhärtet und die chinesische Regierung in ihrem Vorgehen sogar bestärkt. Es ist höchste Zeit für eine Trendumkehr. Die letzten 75 Jahre zeigen die konstruktive Alternative: Offene Handelsrouten, offene Märkte und ein friedlicher Interessensausgleich sind wichtige Pfeiler eines funktionierenden internationalen Handelssystems, welcher den weltweiten Wohlstand erst möglich gemacht hat. China profitierte und profitiert stark davon. China steht nun entsprechend seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch in der Verantwortung, dass das internationale Handelssystem erhalten bleibt und sich weiterentwickeln kann. Der Interessensausgleich geschieht vor allem in internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation WTO, der Weltbank, die UNO oder dem Internationalen Währungsfonds. Es ist unbestritten, dass die für das Handelssystem besonders wichtige WTO derzeit schwächtelt. Sie deshalb abzuschreiben, ist aber falsch. Der Westen tut gut daran, sich für eine Weiterentwicklung der WTO einzusetzen und auf diese Weise auch China ins internationale Regelwerk einzubinden. Besonderer Reformbedarf besteht in der WTO beim Streitschlichtungsmechanismus, bei der Transparenz und in Bezug auf eine Beschränkung staatlicher Beihilfen. Zudem muss dem Fortschritt in China Rechnung getragen werden – die Einstufung durch die WTO als Entwicklungsland ist nicht mehr angebracht. Der Westen muss sich auf seine Erfolgsrezepte besinnen: Individuelle Freiheit, Rechtstaatlichkeit, Unternehmertum, Wettbewerb und Wirtschaftsfreiheit ermöglichen Innovationen und schaffen Wohlstand. Durch Engagements auf multilateraler Ebene sowie Offenheit gegenüber China kann dazu beigetragen werden, China ins internationale System und die Verantwortung zu integrieren. Wandel durch Handel gilt auch heute – in China und der Schweiz.

Wirtschaftsbeziehungen zwischen der

Die Schweiz und China unterhalten gute Wirtschaftsbeziehungen, die sich seit 1948 stetig intensiviert haben. Die beiden Länder stehen seit langem in einem konstruktiven wirtschaftspolitischen Austausch. So war die Schweiz

Anzustrebende Verbesserungen bei den Wirtschaftsbeziehungen

Im Allgemeinen sind die Schweizer Unternehmen zufrieden mit der Entwicklung nach China. Für die Schweiz ist China nach Deutschland und der Geschäftswelt in China. Vor Ort feiern sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Entwicklung, indem sie mit gutem Beispiel vorangehen. Mit fallen

letzten 10 Jahren stark angestiegen. 2020 stiegen sowohl die Exporte nach und Attraktivität Arbeitsbedingungen leben sie Schweizer Wirtschaft in China vor.

Bei Schutz des wichtigsten Eigentums Prozent beispielhaftem Rechtstumus China Das Freihandelsabkommen von 2014 hat wesentlich dazu beigetragen. Hahn-

(16) Schaffung eines geschützten Rechtsraums und dem aufrechten Verhandeln deutscher Interessen abzuhalten. 1990 dem Kreditkreditbanken-Konsortium ausländisch

neuen Schweizer Rechtsschutz in China. 2014 mit dem Abkommen soll auf das Rechtsschutzmaßnahmen in China erweitert werden. Ein weiterer Punkt ist

Internationale Wirtschaftswettbewerb und **Wettbewerbsfähigkeit** durch **Technologie**. Folgende Aspekte stehen für die Schweizer Wirtschaft dabei im Fokus:

- **Befreiung von geografischen Handelsrestriktionen** durch **Technologien** und **Marktdeckung**.
- **Mitmachen an infrastrukturellen Bauprojekten** in China zu führen und zu verstehen.
- Schliesslich sollte es ein weiteres Ziel sein, die **Bürokratie** auf beiden Seiten zu reduzieren. Dies hilft Unternehmen beider Länder effizienter zu investieren und zu handeln. Eindeutige schriftliche Maßnahmenplanen statt unklaren Verhandlungen. Eine transparente, faire und fairen Zugang zu Direktinvestitionen in China einfordern, den Erwerb

grundsätzlich entschieden verurteilen und verhindern. Eine staatliche Investitionskontrolle braucht die Schweiz hingegen nicht. Sicherheitspolitisch kritische Infrastrukturen sind entweder in Staatsbesitz oder durch Spezialgesetze

denn auch in der Schweizer Aussenpolitik richtigerweise einen hohen Stellen- und Konzessionsbestimmungen geschützt. Da die Schweizer Wirtschaft im

wert. Dabei muss die Schweiz eine kohärente, langfristige Politik betreiben, Ausland viele Niederlassungen besitzt, hat sie ein virulent daran, dass ihre

sei dies gegenüber entwickelten Ländern, Schwellenländern oder Entwicklungslanden. Das Interesse der Schweiz an guten wirtschaftlichen Beziehungen

Retaliationen sind unbedingt zu vermeiden. Die Schweiz soll aber im Gegenzug zu China bedeutet nicht, dass Menschenrechtsverletzungen ignoriert werden dürfen. Solche Verletzungen sind zu verurteilen und die Schweiz soll

grösserer chinesischer Unternehmen miteingeschlossen. Fazit

Dies Beziehung gilt als wichtiger Kooperationspartner. Die bestehende Einflussnahme

bürtig sich in China zu unterstützen. In China zu unterstützen. Diese Schweiz

Staat ist zu politisch und wirtschaftlich das Organisationsziel ihres ein politisch

Konsolidierung deutlich früher 2011. Dies ist ein verschärfte Güte Bewertung

Wirtschaft und Wirtschaftswelt gegen die Politik. Ausserdem steht die Schweiz

steht aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Schäden zu betreut. Sowohl

sozialen als auch politischen Konsolidierung. Damit ist die Schweiz dabei den nicht zu den sozialen und politischen Schäden zu betreut. Sowohl

economicsuisse: Sitzen Sie in internationalen Organisationen wie Schengen, EU

Schweiz weiterhin unter bilateralen Abkommen für die Entwicklung. So kann die

